Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt"
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Hollands), Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Müttenwalderstr. 6; Sorauerstr. 20; Nykestr. 32; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerystr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung", sowie das illustr. Witzblatt „ULK", die feuillet. Montags-Ausg. „Zeitgeist", die „Technische Rundschau", der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" und „Haus Hof Garten" durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserate à Zeile 70 Pf. („General-Anzeiger" 40 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerystr. 83/84, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Nr. 237.
36. Jahrgang

Sonntag
12. Mai 1907

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 38.

∞ Politische Wochenschau.

Von
Paul Michaelis.

Der Reichstag will zu Ende kommen; das Pfingstfest steht vor der Tür und die warme Frühlingssonne lockt ins Freie. Man hat viel schöne Zeit mit in überflüssiger Weitschweifigkeit vertrödelt, jetzt bricht man dafür manche wichtige Frage übers Knie. Eine Wiederaufnahme der Sitzungen nach dem Pfingstfeste wird nicht beliebt, sie liegt ebenso wenig in der Richtung der Wünsche des Reichstages wie der Regierung. So arbeiten beide Faktoren einträchtig zusammen, um rechtzeitig vor Pfingsten Schluß machen zu können.

Schon jetzt steht es fest, daß der Plan gelingen wird. Der Etat ist in zweiter Lesung erledigt und seine dritte Lesung wird rasch übers Knie gebrochen werden. Seit langen Jahren ging die Etatsberatung nicht so glatt und friedlich wie diesmal von statten. Der Block funktionierte als Regierungsmaschine tadellos. Die schwächliche Opposition des Zentrums reichte gerade aus, um die liberalen Parteien vollends auf die Seite der Regierung zu drängen. Liegt es doch auf der Hand, daß das Zentrum nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich wieder mit der Regierung auszusöhnen, ebenso aber nichts unversucht läßt, um dem Block Verlegenheiten zu bereiten.

Daß der Block tatsächlich auf seiner Hut sein muß, zeigte die Präsidentenkrisis im Reichstag. Herr Kämpf hatte das Pech, von einer Zufallsmehrheit des Zentrums und der Sozialdemokratie im Stiche gelassen zu werden. So blieb ihm nichts übrig, als sein Amt als Vizepräsident niederzulegen. Er ist selbstverständlich wiedergewählt worden, da kein Grund vorlag, der Opposition zu einem wenn auch noch so kleinlichen Triumph zu verhelfen. So mußten sich auch diejenigen liberalen Abgeordneten fügen, die mit der rigorosen Handhabung der Geschäfte durch Herrn Kämpf durchaus nicht rückhaltlos einverstanden waren. Aber man sah zugleich, wie wenig dazu gehört, um dem Block ein Bein zu stellen. Nur wenn sämtliche Blockparteien zusammenstehen, sind sie imstande, ihrem Willen im Reichstage Geltung zu verschaffen.

Bisher ist es dem Fürsten Bülow leidlich gelungen, seine neue Mehrheit bei der Stange zu halten. Wie bei der Etatsberatung, so bewies der Block auch bei der Wahl des Freiherrn von Richthofen, daß er bereit ist, den Reichskanzler aus einer unangenehmen Situation zu befreien. Indem er die Wahl dieses konservativen Abgeordneten für gültig erklärte, erteilte er dem Kanzler für seinen Silvesterbrief Indemnität. Auch sonst kann Fürst Bülow mit dem Reichstage zufrieden sein. Vor allem wird auch das Handelsabkommen mit Amerika vom Reichstage akzeptiert werden. Die Gründe, aus denen es auf der Rechten wie auf der Linken Annahme findet, sind freilich sehr verschieden. Die Rechte stimmt ihm zu, weil es die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik unberührt läßt, die Linke erklärt sich damit einverstanden, weil es wenigstens einen ganz kleinen Schritt bedeutet, um zu intimeren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu gelangen. Immerhin wird das Abkommen mit großer Mehrheit zur Annahme gelangen.

So kann Fürst Bülow mit dem angenehmen Bewußtsein auf die erste Tagung des neuen Reichstages zurückblicken, daß sich die Blockpolitik bewährt hat. Die liberalen Parteien haben weniger Grund zur Zufriedenheit. Sie können sich nicht verhehlen, daß sie vor das Land und die Wähler mit leeren Händen treten. Nichts von allen ihren Wünschen und Hoffnungen hat sich erfüllt. An Versprechungen hat es zwar nicht gefehlt, aber noch ruhen die verheißenen Reformen im Schoße der Zukunft. Nicht einmal die Vorlage über die Einschränkung der Majestätsbeleidigungen wird auch nur zur ersten Beratung gelangen. Von einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise ist vollends nicht die Rede.

Diese Unfruchtbarkeit des Regierungsblocks ist gewiß mehr als böser Zufall. Sie hat tiefer liegende Gründe. Man fürchtet, daß der Block überhaupt in Stücke geht, wenn man ihm ernsthafte politische Arbeit zumutet. Deshalb ist es auch nur ein magerer Trost, daß die Regierung wenigstens eine Reihe von Vorlagen eingebracht hat, um eine Vertagung der Session auf den Herbst zu rechtfertigen. Das bedeutet höchstens für die Abgeordneten eine Annehmlichkeit, läßt aber in keiner Weise erwarten, daß nun die Herbsttagung fruchtbarer sein wird, als die erste Session gewesen ist. Vorläufig weiß man nur, daß der Block nichts geleistet hat. Daß er später etwas leisten wird, dafür fehlt es an jeder Grundlage. So ist „Geduld, wenn's Herz auch bricht" die dürftige Lebensweisheit, die aus der ersten Tagung des Reichstages herausdestilliert werden kann.

Man hat in liberalen Kreisen vollends keinen Grund zur Hoffnungsseligkeit, wenn man sieht, wie in Preußen zielbewußt jeder liberaleren Regung entgegengearbeitet wird. Besonders die edlen und erlauchten Herren des preußischen Herrenhauses legten sich in diesem Jahre so wenig wie früher in der Vertretung ihrer reaktionären Ansichten den geringsten Zwang auf. Graf Mirbach konnte ungehindert seine Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht bekunden und besonders die Bewilligung der Diäten an die Reichstagsabgeordneten als groben politischen Fehler kennzeichnen. Er konnte ebenso auf das indirekte preußische Wahlrecht, das schon Fürst Bismarck als das elendeste aller Wahlgesetze bezeichnet hat, ein Loblied singen. Allerdings sei anerkannt, daß der preußische Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben für die Reichsregierung einige Worte der Verteidigung fand. Aber solche Rechtfertigungen können nicht wirken, solange Preußen an dem Dreiklassenwahlrecht festhält. Und es wird auch weiterhin daran festhalten.

Auch sonst durfte sich im Herrenhause die Reaktion auf allen Gebieten lustig tummeln. Besonders auf dem Gebiet der Schule und Kirche machte sich ein Geist der Unduldsamkeit und Engherzigkeit breit, der jede Aussicht auf einen liberalen Kurs in Preußen als ausgeschlossen erscheinen läßt. Und diese Herren in Preußen fühlen sich auch als Herren im Reiche. Sie stellten die schöne Theorie auf, daß zwar die Landtage den Reichstag kritisieren dürfen, daß aber der Reichstag sich in die Angelegenheiten der Landtage nicht zu mischen hat. Es ist die umgekehrte Welt. Während verfassungsmäßig das Reich an erster Stelle steht, dem sich die Bundesstaaten zu fügen haben, fordert die preußische Reaktion, daß sich das Reich nach Preußen zu richten habe. Als sich in England das Oberhaus als Hemmschuh des Volkswillens erwies, da ging man daran, das Oberhaus in seinen Befugnissen zu beschränken, und über kurz oder lang wird man dieses Ziel auch erreichen. Bei uns ist umgekehrt zu befürchten, daß das preußische Herrenhaus nicht bloß in Preußen, sondern auch im Reiche seinen Willen durchsetzt.

Es lag nahe, die Frage aufzuwerfen, ob sich unter solchen Schwierigkeiten Fürst Bülow noch lange in seinem Doppelamte als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident wohlfühlen werde. Dazu kam, daß auch sonst von allerlei Unstimmigkeiten innerhalb der Regierung die Rede war. Wieviel daran auf Tatsachen, wieviel allein auf Vermutungen beruht, wird sich schwer feststellen lassen. Jedenfalls hat sich die „Nordd. Allg. Ztg." beeilt, zu erklären, daß die Gerüchte von einer Kanzlerkrisis jeder tatsächlichen Unterlage entbehren.

Soweit dabei der Wille des Kanzlers in Betracht kommt, ist an diesem Dementi nicht zu rütteln. Aber die sachlichen Schwierigkeiten werden damit nicht aus der Welt geschafft. Und diese Schwierigkeiten sind nicht bloß innerer Natur. Auch die auswärtige Politik spielt dabei eine wichtige Rolle. Vor allem ist die Stellung Deutschlands auf der Haager Konferenz noch nicht deutlich zu erkennen. Je näher diese Konferenz rückt, um so größeres Kopfzerbrechen muß sie unseren Diplomaten verursachen. Die Erklärung des Fürsten Bülow, daß wir uns an den Debatten über die Abrüstung nicht beteiligen wollen, hat eine Antwort des englischen Premierministers Campbell-Bannerman provoziert, die zwar in der Form ungemein höflich war, aber dafür den sachlichen Gegensatz um so schärfer hervortreten ließ. Herr Campbell-Bannerman erkennt den freundschaftlichen Ton und die Offenheit des deutschen Reichskanzlers an, um ihm dann ziemlich unverblümte Vorwürfe zu machen, weil er einer Aussprache mit England aus dem Wege gegangen ist. Hätte sich uns Deutschland genähert, sagt Herr Bannerman, so wären wir ihm offen und ohne Hintergedanken entgegengekommen. Man muß hier wieder fragen, wo eigentlich unsere Diplomatie im entscheidenden Augenblicke steckt. Es scheint nicht recht verständlich, daß die englische Initiative bei uns völlig ignoriert werden konnte. Dabei kann man gewiß nicht bestreiten, daß Campbell Bannerman ein aufrichtiger Friedensfreund ist. Er hat zu lange in schwieriger Oppositionsstellung den Gedanken der Abrüstung wie der friedlichen Verständigung unter den Nationen vertreten, als daß es ihm jetzt nicht ernst sein sollte, wenn er in leitender Stellung einen Schritt zu tun unternimmt, der die Völker einander näher bringt.

Selbst wenn man zugibt, daß die Geschäftigkeit des Königs von England gerade in Deutschland Mißtrauen zu wecken geeignet ist, so darf man doch nicht übersehen, daß in England der Herrscher sehr eng begrenzte Befugnisse ausübt. Eine Politik auf eigene Faust ist für ihn ein Ding der Unmöglichkeit. Schon aus diesem Grunde hätte man Herrn Bannerman die Möglichkeit abschneiden müssen, sich über die mangelnde Fühlung mit der deutschen Regierung zu beklagen. Wenn trotz der Weigerung Deutschlands, sich an der Abrüstungsdebatte zu beteiligen, diese Frage im Haag erörtert werden sollte, so kann nur zu leicht in den Beschlüssen, die zur Abrüstung gefaßt werden, eine Spitze gegen das Deutsche Reich gefunden werden. Da dem Reichstage leider noch immer die Aktenstücke über wichtige Fragen der auswärtigen Politik vorenthalten werden, so läßt sich nicht entscheiden, wie weit der versteckte Vorwurf, den Herr Bannerman der deutschen Regierung macht, begründet ist. Wir sind darauf angewiesen, der Weisheit unserer leitenden Männer blindlings zu vertrauen.

Dieses Vertrauen wird nicht gerade dadurch erleichtert, daß sich das Netz von Bündnissen, das sich unter englischer Führung um die ganze Welt spannt, immer enger gezogen wird. Erst in dieser Woche wieder ist es um ein weiteres Stück vergrößert worden, indem zwischen Frankreich und Japan ein Abkommen wenn nicht schon abgeschlossen, so doch vorbereitet worden ist. Dieses Abkommen hat für Frankreich die große Bedeutung, daß es den französischen Kolonialbesitz in Hinterindien gegen japanische Expansionsgelüste sichert. Es hat aber auch für England den Vorteil, daß es der französischen Republik ermöglicht, einen Teil seiner Schiffe aus dem Stillen Ozean in die Heimat zurückzuziehen. Allerdings wird Rußland diesem Abkommen nur mit sehr gemischten Gefühlen zusehen, da die Garantie des ostasiatischen status quo durch Frankreich die Hoffnung auf eine Revanche für Portsmouth auf unbestimmte Zeit vertagt. Indessen hätte Rußland ohnehin bei seiner schwierigen innerpolitischen Lage nicht daran denken können, seine Ansprüche auf die Mandschurei und Korea von neuem geltend zu machen.

So wenig wir befürchten, daß dieser französisch-japanische Vertrag unser Pachtgebiet von Kiautschou direkt gefährdet, so dürfen wir uns doch nicht darüber täuschen, daß wir auch im Stillen Ozean wie in der Nordsee immer mehr isoliert werden. Es ist unter diesen Umständen etwas schwierig, den guten Rat des „Journals des Debats" zu befolgen und die Dinge einmal objektiv zu würdigen. Objektivität ist gewiß eine schöne Sache für einen Philosophen. Aber ein Volk, das seinen Platz in der Welt behaupten will, betrachtet notwendig die Dinge vom Standpunkt seiner Lebensinteressen aus. Deshalb muß es fragen, wenn irgendeine Verschiebung auf dem Welttheater vor sich geht: was bedeutet das für mich? Und diese Antwort ist auch im vorliegenden Falle nicht sehr ermutigend.

---

* Ueber Rom kommt die Meldung, daß ein **deutsches Geschwader** im nächsten Sommer die österreichischen Adriahäfen besuchen wird. Wie unser Römischer ⚯-Korrespondent uns in einem Privat-Telegramm mitteilt, kündigt die „Tribuna" einen solchen Flottenbesuch an. Die aus Triest stammende Nachricht des Römischen Blattes fügt hinzu, daß in dem österreichischen Kriegshafen Pola große Festlichkeiten zum Empfange der deutschen Flotte geplant würden.

Jaurès über die Politik der Regierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

♀ Paris, 11. Mai.

„Pas cela ou pas vous!" schloß Jaurès seine Anklagerede gegen das System der Regierung und gegen die Minister, von denen er Clemenceau, Barthou, Viviani und Briand als Ziel seines Zornes ausgewählt hatte. Die Rede füllte die ganze Sitzung aus und war in ihrem letzten Teile stark, ohne doch den erwarteten Beifallssturm hervorzurufen. Nur die äußerste Linke und einige Abgeordnete der Mitte applaudierten mit energischer Ueberzeugung. Jaurès, der sich von der gestrigen Ermüdung erst allmählich erholte, teilte seine Rede wieder durch eine Pause in zwei Teile. In den ersten zwei Stunden entwickelte er den Gedankengang seiner gestrigen Rede weiter und baute das Gebäude des Arbeiterstaates, wie er ihn sich denkt, mit der ganzen Kraft seiner Rhetorik und mit dem großen Material an Wissen, das ihm zur Verfügung steht, vor den Hörern auf.

Was er über die Syndikatsentwickelung und den Aufstieg der Arbeiterklasse sagte, war reich an klugen Gedanken, aber es machte weit mehr den Eindruck einer Vorlesung in der Sorbonne als den einer politischen Kammerrede. Wie Bebel nahm auch Jaurès Gelegenheit, die Sozialdemokratie Frankreichs gegen den Vorwurf antimilitaristischer Umtriebe zu verteidigen. Er erklärte die Propaganda der Desertion für verderblich, und gegen diese Art von Propaganda schütze sich der gesunde Sinn des Arbeiters selbst, ohne daß Prohibitivmaßregeln nötig seien. Ihm erschiene diese Propaganda ebenso verderblich wie gewisse Stellen in Tolstois Schriften, die von Clemenceau so sehr gerühmt würden. „Glauben Sie," rief er aus, „daß der Arbeiter sein Vaterland in der Stunde der Gefahr verlassen würde? Nein! So sehr die Welt sich auch umdunkeln mag, niemals wird sie das Unmögliche, das Schreckliche sehen, den Tod Frankreichs. (Beifall auf allen Bänken.) Solche Deklamationen gegen das Vaterland sind eine Gefahr nicht für das Vaterland, sondern für den Arbeiter, für das Proletariat, das dadurch von seinen eigentlichen Zielen abgelenkt wird. Er kann, er muß aus dem Vaterland sein Vaterland machen, das Land seiner Träume. Er hat die Kraft, er hat die gesetzlichen Mittel dazu. Möge er sie anwenden, ohne daß ihm Hindernisse bereitet werden, bereitet von jenen, die ihm zur Freiheit helfen sollen." Diese Worte geben ihm den Uebergang zu den Angriffen gegen das Ministerium, in denen er nicht viel Neues sagt, die aber durch den tiefen Ernst des Redners Eindruck machen.

Er sagt, die Politik der Regierung in der Frage der Confédération Générale sei unmoralisch und unpolitisch. „Die Minister, die hier sitzen, haben nicht das Recht, so zu handeln, wie sie gehandelt haben. Herr Clemenceau als Leiter der Regierung hat seinen Untergebenen (subordonnés) das Beispiel zu einer Polemik gegeben, die journalistisch sein mag, die aber für einen Minister nicht sehr geschickt ist. Clemenceau hat nichts von seiner journalistischen Schnellkraft verloren, aber diese Kraft ist auch das einzige, was er aus seiner Vergangenheit ins Ministerium mitgenommen hat." Auch